Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Die Konsequenzen der Massen-einwanderung

Die Masseneinwanderung hat Einfluss auf unseren Finanzhaushalt. Dies zeigt sich in den steigenden Ausgaben. Kürzlich wurde das Budget 2018 und die Finanzplanung (KEF) für die Jahre 2018 bis 2021 präsentiert. Bei unverändertem Steuerfuss rechnet der Regierungsrat für das Jahr 2018 mit einem Ertragsüberschuss von 76 Mio. Franken, was einer «schwarzen Null» gleichkommt. Trotzdem sollte sich der Gesamtregierungsrat Gedanken darüber machen, wie er dem stetigen Aufwandwachstum – grösstenteils durch den Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich verursacht – begegnen soll.

Beim mittelfristigen Ausgleich besteht nach wie vor ein Fehlbetrag von rund 100 Mio. Franken, was auf zu recht abgelehnte Lü16-Massnahmen seitens des Kantonsrats zurückzuführen ist. Die SVP-Fraktion wird selber Vorschläge im Rahmen der Budgetdebatte einbringen: Wahre Sparvorschläge, welche v.a. die beiden Direktionen mit der grössten Aufwandsteigerung betreffen (Gesundheits- und Bildungsdirektion). Aber auch die Direktion der Justiz und des Innern werden in diesem Zusammenhang einer kritischen Prüfung unterzogen. Die «schwarze Null» kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzpolitische Entwicklung des Kantons Zürich weiterhin kritisch ist. So kommt der Ertragsüberschuss von 76 Mio. Franken im Jahr 2018 nur dank hoher Steuererträge zustande. Es wäre allerdings leichtsinnig, wenn auch zukünftig von konstant steigenden Steuereinnahmen ausgegangen würde.

Die Analyse der Aufwandsteigerung zeigt, dass die Mehraufwände fast ausschliesslich auf die Masseneinwanderung und die offenen Grenzen zurückzuführen sind. Die erneut steigende Anzahl von KK-Prämienverbilligungen ist ebenfalls ein typisches Resultat der Masseneinwanderung, wie auch die laufend zunehmenden Kosten im Bereich der Bildung und Gesundheit. Auch das Stellenwachstum im Umfang von 583 Stellen ist massgeblich auf diese beiden Bereiche zurückzuführen. Die SVP befürwortet die Investitionsplanung des Regierungsrats, welche sich nebst dem Kantonsrating auch positiv für Wirtschaft und Gewerbe auswirken wird. Sollten jedoch die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zurückgehen, wird der Kanton Zürich in ein strukturelles Defizit hineingeraten. Deshalb fordert die SVP den Regierungsrat einmal mehr auf, das Aufwandwachstum zu plafonieren. Ausserdem ist es an der Zeit, dass der Regierungsrat Transparenz über die finanziellen Konsequenzen der Masseneinwanderung und der offenen Grenzen schafft.

ABSTIMMUNG VOM 24. SEPTEMBER 2017

Nein zum Bundesasylzentrum in Zürich

Die Stadt Zürich eignet sich nicht als Standort für ein Bundesasylzentrum. Dies zeigen Fakten.

Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Fraktionschef
Zürich

Die öffentliche Sicherheit in der Stadt Zürich wird beeinträchtigt und kann nicht gewährleistet werden, dies belegen nachweisbare, aktuelle Zahlen:

- Diebstähle, Streit, Hausfriedensbruch, Tätlichkeiten, Körperverletzungen, Trunkenheit, Belästigungen usw.
- Zahlen aus dem Testzentrum (Juch, Zürich) zeigen, das Hunderte Asylbewerbende untertauchen. Fernab vom Radar der Behörden stellen sich ein beträchtliches Sicherheitsrisiko dar, häufig sind es Papierlose mit wenig Aussicht auf einen positiven Asylstatus. Zahlreiche und bedauernswerte Anschläge in mehreren europäischen Städten zeigten auch Verbindungen und Berührungspunkte zu Zürich auf (u.a. Berlin, Barcelona)

Die Stadt Zürich eignet sich nicht als Standort für ein Bundesasylzentrum:

- Naheliegende Quartiere wie Langstrasse dienen den Asylbewerbenden nicht für eine Integration. Vielmehr animiert und exponiert dies zu Illegalitäten.
- In dicht besiedelten Stadtteilen sind die Asylbewerbenden im «Schutze der Anonymität». Ausserhalb jeglicher Kontrolle und Aufsicht ihres Handelns und Tuns.
- Im florierenden Stadtteil rund um das Duttweiler-Areal mit Gewerbe, Kindergärten, Schulen, Sportstätten sind unangenehme und verunsichernde Begegnungspunkte unausweichlich, welche jedoch häufig aus persönlicher Scham nicht ans öffentliche Tageslicht dringen
- Die städtischen Bodenpreise sind exorbitant, die Landreserven rar, die Stadtkasse schuldenbelastet. In anderen Gebieten kann man bedeutend günstiger und effizienter ein Bundesasylzentrum realisieren
- Bundesasylzentren gehören an wenig besiedelte Randgebiete!

Sozialindustrie in Reinkultur

Die Regierung der Stadt Zürich betreibt eine Vetterliwirtschaft mit dem Sozial-/Asylwesen:

- Für das geplante Bundesasylzentrum «Duttweiler-Areal», welches 360 Asylsuchenden Unterkunft bieten soll, sind immense 130 Arbeitsplätze für deren Betreibung vorgesehen. Diese werden weitgehend durch das AOZ gestellt, in welchem der jährliche Personalaufwand innerhalb von 5 Jahren von CHF 34 Mio. auf 49 Mio. gesteigert wurde. Die Profiteure schieben sich gegenseitig «Aufträge» zu.
- Mitarbeitende des Sozialimperiums, welche ihre Sicherheitsbedenken intern kundtun, werden neutralisiert.
- In Polizeimeldungen werden die Nationalitäten häufig nicht genannt, zum Schutze der Täter wird die öffentliche Wahrnehmung manipuliert
- Die Stadtpräsidentin möchte bis Ende Jahr 40 000 Ausländer/-innen einbürgern, darunter auch zahlreiche Personen mit Asylstatus F (Weggewiesene). Weshalb soll ein Weggewiesener eingebürgert werden, ohne Bleiberecht und Integration? Die Einbürgerung soll immer der letzte Schritt und eine Wertschätzung für eine vollständige Integration und Selbstständigkeit sein!

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 24. September 2017

Vorlagen Stadt Zürich

1. Erstellung Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Zürich-West, Objektkredit von 24,5 Millionen Franken	Nein
2. Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Aufhebung	Ja
3. Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen	Nein
4. Cabaret Voltaire, langfristige Sicherung durch Liegenschaftentausch mit der Anlagestiftung Swiss Life	Nein

Wollen Sie das wirklich?

Kein Bundesasylzentrum in Wohnquartieren

Worum geht es am 24. September? Für über 24,5 Millionen Franken soll ein Asylzentrum mitten in Zürich gebaut werden. Das sind die Folgen:

Mehr Drogendealer, Raub und Diebstähle: Jeder dritte abgelehnte Asylbewerber verschwindet aus dem Asylzentrum. Taucht in der Stadt unter, verdient sich sein Geld mit illegaler Arbeit, Drogendeals, Diebstählen und Raub.

Mehr Gewalt: Immer wieder fallen Asylbewerber in Zusammenhang mit Drogendelikten, Diebstählen und Gewalt auf. Im Asylzentrum Halle 9 in Oerlikon gab es 51 Polizeieinsätze in 15 Monaten. Und das für nur 112 Asylbewerber.

Immer mehr Belästigungen und sexuelle Gewalt: Zürich West ist die Partymeile Nr. 1 in Zürich. Wie in Köln, Frankfurt oder Hamburg werden die männlichen Asylbewerber unsere Kinder belästigen.

Asylzentren in Ballungsräumen, wo Familien mit Kleinkinder wohnen, wo unsere Töchter und Söhne in den Ausgang gehen, verursachen grosse Konflikte.

Deshalb am 24. September:

NEIN zum Bundesasylzentrum mitten in Zürich

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEF

Ein Montagmorgen im Kantonsrat

An meinem freien Montag wollte ich mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Ohren hören, wie der Kantonsrat seinen Auftrag der Leistungsüberprüfung 2016 im Bereich des öffentlichen Verkehrs umsetzt. Unter dem langweiligen Titel «Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr» wurden zwei Geschäfte behandelt: 5292a & b. Ich staunte nicht schlecht, zu sehen, wie der Kantonsrat die «geplanten Mehreinnahmen der Reduktion des Pendlerabzugs» noch vor den Abstimmungen vom 24. September 2017 bereits wieder verteilte. Aha! Die Begrenzung des Arbeitswegkostenabzugs im Steuergesetz dient also dazu, die Mehrkosten der Gemeinden im öffentlichen Personenverkehr zu kompensieren.

Konkret heisst das, dass Mehrkosten, die dem Kanton Zürich durch die FABI-Vorlage entstehen werden, also nicht Kanton und Gemeinden belasten, sondern den Pendlern in Rechnung gestellt werden. Spannend zu hören, dass vor allem Alternative (AL) und Linke (SP) nicht müde werde vom «Sparen» auf Kosten des ÖVs zu sprechen, wenn im Grunde genommen gar nicht gespart wird. Zudem werden wieder Steuereinnahmen, die durch Begrenzung von Abzügen entstehen, also Mehreinnahmen deren Höhe nur geschätzt werden kann, schon ganz konkret als staatliche Ausgaben verplant. Nun diese Absicht war schon lange bekannt und trug auch zur Nein-Parole der SVP anlässlich der FABI-Vorlage von 2014 bei.

Wirklich stossend ist aber die Berechnungsgrundlage die beschlossen wurde! Nicht der ZVV-Verteilschlüssel (wie von der SVP-Fraktion gefordert) wird angewendet, sondern eine neue Einwohnerzahlberechnung soll zu Anwendung kommen.

So entsteht, ganz zugunsten der Städte Zürich und Winterthur, eine unterschiedliche Berechnung der Einnahmen und der Ausgaben zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Na dann, Prost! Heute noch ausgeglichen, in Zukunft je nach Angebotsausbauten und Bevölkerungswachstum ganz zulasten der Pendler und der Randregionen. Das damit auch noch die langfristige Finanzierung des Fonds für den öffentlichen Verkehr infrage gestellt wird, ist nebensächlich oder wie es der Sprecher der Grünen treffend gesagt hat: «Die FDP betätigt sich als Wolkenschieberin, ganz nach ihrem Motto, mehr blau für Zürich!»

Lorenz Habicher, Zürich

SVP-POLIT-APÉRO MIT GREGOR RUTZ

«Missstände in Bundesbern»

SVP. Am Polit-Apéro der SVP Zürich 11 sprach SVP-Nationalrat Gregor Rutz im Restaurant Landhus über diverse Missstände von Bundesbern: Noch problematischer als die Rasa-Initiative, welche die vom Volk angenommene SVP-Masseneinwanderungsinitiative (MEI) rückgängig machen möchte, seien die Gegenvorschläge der SP/Grünen, welche damit den Volkswillen offensichtlich immer noch nicht ernst nehmen wollen. Gregor Rutz weiss haarsträubende Geschichten zu berichten, beispielsweise über das UVEK-Departement von Bundesrätin Doris Leuthard – ohne konkreten Auftrag lässt die Bundesrätin ihre Beamten an einem neuen Mediengesetz arbeiten.

Eine Auskunft über den Inhalt oder das Ziel wird verweigert – «chaotische Zustände». Völlig absurd sind auch Zustände wie einzubürgernde Ausländer, welche ihr Herkunftsland verschweigen (Kanton Solothurn) oder der Fall «Ousman Sonko», Gambias Ex-Innenminister, der nach geduldeten (oder veranlassten?) Massenfolterungen nun Asyl in der Schweiz erhalten soll und im Asylzentrum (Einzelzimmer) neben seinen ehemaligen Opfern auf positiven Asylbescheid der Schweiz wartet. Die einzige Lösung nach Rutz ist eine SVP, welche weiterhin konsequent gegen solche Missstände ankämpft und jene aufdeckt – aber das brauche Mut. Viel Mut.

Gregor Rutz informierte die Zuhörerschaft über die Missstände in Bundesbern.